



LAND BRANDENBURG

Ministerium für
Infrastruktur und
Landesplanung
Die Ministerin

Ministerium für Infrastruktur und
Landesplanung

I Postfach 60 11 61

I 14411 Potsdam

Henning-von-Tresckow-Straße 2-8
14467 Potsdam

Landtag Brandenburg
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Heide Schinowsky, MdL
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Potsdam, 18.11.2015

**Ihre mündliche Anfrage 329 im Rahmen der 18. Landtagssitzung
am 18. November 2015
Verhandlungen Bund-Länder-Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanie-
rung**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

leider war aus zeitlichen Gründen die Beantwortung Ihrer o. g. Mündlichen Anfrage im Rahmen der Fragestunde nicht möglich, daher antworte ich Ihnen nunmehr schriftlich wie folgt:

Aktuell läuft das zwischen dem Bund und vier Braunkohlesanierungsländern abgeschlossene VA V (2013-2017) mit einem finanziellen Gesamtvolumen von ca. 1,25 Mrd. Euro. Davon entfallen auf den brandenburgischen Sanierungsbereich ca. 585 Mio. Euro bei einem Landesmitteleinsatz von ca. 220 Mio. Euro.

Der Zeitpunkt der Aufnahme von Verhandlungen und deren Dauer liegt, entgegen der Auffassung der Bundesregierung, nicht in der alleinigen Verantwortung der Bundesländer.

Wenn man die Praxis der vergangenen VA-Perioden zum Maßstab nimmt, hätten die Bund-Länder-Verhandlungen zu einem Folgeabkommen ab 2018 bereits im Sommer dieses Jahres beginnen müssen. Grundlage für diese Verhandlungen ist ein einstimmiger Bund-Länder-Beschluss im Steuerungs- und Budgetausschuss. Dieser wurde bisher vom Bund (BMF) blockiert.

LAND
BRANDENBURG
25
JAHRE
AM MUTE HÄNGT
DER ERFOLG.

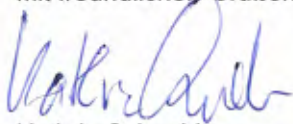
Auch die von Herrn Spahn geäußerte Erwartung an die Länder, konkrete Vorschläge zur Übertragung von Aufgaben der LMBV zu machen, ist wenig hilfreich. Diese sollten unabhängig von den regelmäßigen Befassungen zu diesem Thema in Bund-Länder-Steuerungs- und Budgetausschuss Eingang finden in die Verhandlungen zum VA VI.

Vorbedingungen seitens des Bundes helfen hier nicht weiter und würden die ohnehin schon schwierigen Verhandlungen weiter belasten.

Die Landesregierung Brandenburg setzt sich – gemeinsam mit den Landesregierungen der übrigen beteiligten Länder – für einen geordneten und in den erfolgreichen und geübten Strukturen ablaufenden Fortgang der Braunkohlesanierung ein.

In diesem Sinne haben sich die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der vier Braunkohlesanierungsländer bereits Anfang Juli 2015 an den Staatssekretär des BMF, Herrn Geismann, gewandt. Eine Antwort steht bis heute aus.

Mit freundlichen Grüßen



Kathrin Schneider